

Türkische Post

أسبوعي ٥ قروش
أربعون
داخل أوروبا: ١٠ قروش
خارج أوروبا: ١٥ قروش
إعلانات
١٠ قروش
٢٠ قروش
٣٠ قروش
٤٠ قروش
٥٠ قروش
٦٠ قروش
٧٠ قروش
٨٠ قروش
٩٠ قروش
١٠٠ قروش

Preis der Einzelnummer 5 Grusch
Bezugspreis
Inland: 1 Monat 1.75 T. Pl., 3 Monate 5.— T. Pl., 6 Monate 9.— T. Pl., 12 Monate 16.— T. Pl. Ausland:
1 Monat 6.— R. Mark, 6 Monate 30.— R. Mark, 12 Monate 54.— R. Mark. Inland: 1. Seite 100 Grusch, 2. Seite 75 Grusch, 3. Seite 50 Grusch, 4. Seite 30 Grusch. (Inlandpreise.)
Geschäftsleitung: Schischano Karakol Jokuschu, Saverio Caley, Corso 55, Phoenixhaus, Constantinopel.
Telegraphisch: Turkpost
Telefon: Pera 1733
Postfach: Galata 269

1. JAHRGANG NO. 6 Tageszeitung für den Nahen Osten Konstantinopel, Sonntag, 6. Juni 1926

Tagesspiegel.

Der türkische Unterhaendler in Athen
Schukri Bey wird voraussichtlich heute von Athen abreisen, um aus Angora neue Instruktionen zu holen. Das bedeutet keinen Abbruch der Verhandlungen.
Die französische Regierung verhaftete den rumänischen Konsul in Beirut im Zusammenhang mit einer Mordeffata. Das konsularische Korps protestierte bei der Mandatregierung.
Die Verhaftung des rumänischen Konsuls in Beirut wurde aus Furcht vor Attentaten in das Schloss verlegt.

Autonomiebewegung im Elsass.

Strassburg 2. Juni
Der radikale Parteitag des Unterelsass nahm eine Entschliessung zugunsten der Autonomieforderung an und vollzog so wie die anderen bürgerlichen Parteien den Anschluss an die Autonomisten.

Hierzu schreibt man uns aus unseren Leserkreise:
Von Tag zu Tag wird es auch ausserhalb Deutschlands den Völkern mehr und mehr klar, dass die elsass-lothringische Frage durch das Diktat von Versailles noch lange keine entgültige Lösung gefunden hat, ja, vielleicht verwickelter geworden ist, als je zuvor. Schon nach dem Siebziger Krieg und der darauffolgenden Wiederanverleihung der beiden Grenzländer in das Deutsche Reich ergaben sich Schwierigkeiten, mit denen man kaum gerechnet hatte, die jedoch auf die Dauer keineswegs unüberwindlich gewesen wären, hätte eben dieses Deutsche Reich mehr als nur 44 kurze Friedensjahre Zeit gehabt, alle die während seiner 200 jährigen Fremdherrschaft emporgesprossenen antideutschen Keime auszurotten oder besser in Güte zu assimilieren.

Es wurden schon bald nach der damaligen Rückgewinnung der Reichslande Stimmen auch im engeren Deutschland laut, die lieber eine andere Form der Einverleibung gewünscht hätten. Manche waren von vornherein für eine Aufteilung zwischen Preussen, Bayern (Pfalz) und Baden, manche und wohl die politische Weitblickenden für eine gleichberechtigte Autonomie innerhalb der deutschen Reichsgrenzen. Man zog den Mittelweg vor und schuf damit die für alle Teile gleich präkäre Sonderstellung Elsass-Lothringens als Reichsland, die gewissermassen unter Kuratelstand und von den deutschen Bundesstaaten bevormundet wurden, womit die ganze Frage eigentlich offen blieb.

Heute gehören diese Dinge zwar der Vergangenheit an, sind aber immer noch von grossem Interesse, da sie uns das Begriffe sonst leicht missverständlicher Vorgänge und Stimmungen in den ehemaligen Reichslanden erleichtern helfen.
Für Frankreich bildet Elsass-Lothringen nach seiner Annexion durch den Versailler Gewaltakt geradezu ein unlösbares Problem, denn es scheint vollkommen ausgeschlossen, dass die französische demokratische Republik mit ihrem ausgesprochenen Zentralisationsystem je etwas anderes als einen sich von Jahr zu Jahr verschärfenden Widerstand in den beiden neu erworbenen Departements auslösen wird. Das französische Volk ist nicht imstande etwas anderes als das bis auf's Äusserste sich zentralisierte System zu denken, dessen Haupt- und Mittelpunkt Paris ist, und unter dem es immer gelebt hat. Dieses Paris duldet keine bodenständige Entwicklung in den Provinzen, es will und muss alle Ton angeben und absolut herrschen, denn Frankreich und Paris ist dasselbe. Es wird sich also stets die offizielle französische — hiess Pariser — Politik in der Formel ausdrücken: Bedingungslos Einverleibung, restlose Angliederung an Frankreich in Kultur, Sprache und Wirtschaft, völlige Aufgabe zumal des elsass-lothringischen Wertsystems einseitig gleichförmig zentralisierten Frankreich.

Wenigstens es nun zwecklos wäre zu leugnen, dass in Vorkriegszeiten und während des Weltkriegs gewisse Schichten der elsass-lothringischen Bevölkerung eine ausgesprochene Neigung zu Frankreich an den Tag legten, so ist es zum

mindesten ebenso absurd, zu bestreiten, dass die überwältigende Mehrheit des elsass-lothringischen Volkes ein grosser Teil des lothringischen Volkes rein deutschen Stammes ist. Zwar hätte während der langen Fremdherrschaft die Französisierung Lothringens in Sprache und Sitte gross Fortschritte gemacht, doch blieb gerad in dieser Beziehung das Elsass allem galiläischen Einfluss zum Trotz rein deutsch, wofür auch die häufigen in die Mundart eingedrungnen französischen Redewendungen nicht hinwegtäuschen dürfen.
Die Bevölkerung des Elsass ist in ihrem innersten Kern deutsch und zeigt alle deutschen Charaktereigenschaften, von denen in politischer Beziehung das Streben nach Dezentralisation und Individualität die hervorsteckendste ist. Dies Eigenbrödeli, die im kulturellen Sinne der Segen, im staatlichen der Fluch des Deutschtums aller Zeiten gewesen ist.

Schon der Umstand, dass die Muttersprache dieses Grenzvolkes deutsch ist, würde ein restloses Aufgehen im Französischem, wie es Paris seiner ganzen nationalen Einstellung nach fordert, verhindern, umso mehr, da die sprachliche Trennung nur das äussere Zeichen der tiefverschiedenen Volkspsychologie ist, die zu verstehen Paris nie ernstlich versucht hat, noch wahrscheinlich je versuchen wird.
Die fast 50 jährige neuerliche Zugehörigkeit zum Deutschen Reich mit allen sich daraus ergebenden wirtschaftlichen Vorteilen — die wirtschaftlicher Bedürfnisse werden Elsass-Lothringern stets mit zwingender Logik nach dem Osten verweisen — hat naturgemäss die ursprüngliche Verschiedenheit Frankreich gegenüber in Sprache und Temperament nur von neuem verschärft, zumal die während dieser Zeit Deutschland in sozialer Gesetzgebung und der Ausbildung einer peinlich geordneten Verwaltungsgläubig geführt, Frankreich jedoch zuvor beides stark vernachlässigt hat.
Wie sich heute nach der Befreiung die elsass-lothringische Bevölkerung zu dem alten und zu dem neuen Vaterland stellt, ist weniger wichtig als die Tatsache, dass das ureingewessene zähe deutsche Element ein nicht zu absorbierendes Fremdkörper im Leibe des französischen Staates bleiben wird. B. U.

Rheinlandstagung des Bundes der Auslandsdeutschen

Die Ortsgruppen des Bundes der Auslandsdeutschen (B. d. A.) in Rheinland-Westfalen veranstalten in den Tagen vom 17. bis 20. Juni in Düsseldorf eine Rheinlandstagung in Verbindung mit der dort stattfindenden Grossausstellung Geselle. Für die Öffentlichkeit wird der 19. Juni der bedeutsamste Tag sein. An ihm werden hundert Vertreter des deutschen Wirtschaftslebens Vorträge über die Heimat und das Auslandsdeutschtum halten.

Während in den Pfingsttagen der Verein für das Deutschtum im Ausland (V. d. A.) in Hirschberg seine Jahresversammlung abgehalten hat, deren grosse Geduldung in der Behandlung des Auslandsdeutschtums in den Siedlungsgebieten jenseits der Reichsgrenzen (Sudetendeutsche, Siebenbürger usw.) zum Ausdruck gekommen ist, legt der Bund der Auslandsdeutschen (B. d. A.) wie stets so auch auf der Düsseldorfer Tagung das Hauptgewicht auf die allgemeine und wirtschaftspolitische Bedeutung vor allem der Reichsdeutschen im Auslande. Die Düsseldorfer Tagung ist nicht als eine Tagung von Vertretern aus dem Auslande gedacht, sondern in erster Linie als eine der vordrängten und freiwillig in die Heimat zurückgekehrten Reichsdeutschen. Die Tagung wird geleitet werden von dem Präsidenten und dem ersten stellvertretenden Präsidenten des Bundes, den Reichstagsmitgliedern Gouverneur a. D. Schöner und Dr. Heuss. Der Auslandsbund deutscher Frauen wird durch eine Abordnung unter Führung der Frau Gräfin Radolin an den Beratungen teilnehmen. Ebenso ist die Arbeitsgemeinschaft für Auslands- und Kolonialtechnik (Akotech) an den Beratungen beteiligt. Die Deutsche Kolonialgesellschaft hat zugesagt, auf ihrer am nächsten Sonnabend in Bochum stattfindenden Generalversammlung auch ihre Mitglieder zum Besuch der Rheinlandstagung des Bundes der Auslandsdeutschen aufzufordern.

Der deutsche Lebenshaltungs-Index
Berlin, 2. G.
Der Reichs-Index für Lebenshaltungskosten erhöhte sich im Monat Mai gegenüber April um 0,2 vom Hundert auf 139,9 vom Hundert.

Die „einseitige Erklärung“.

Berlin, 5. G. (A.A.)
Nach der Morning Post trägt sich die englische Regierung ernstlich mit dem Gedanken, ihre Erklärung vom Jahre 1920 über die Unabhängigkeit Ägyptens zu revidieren.

Die Meldungen aus England über die drohende Haltung, die man in London gegenüber den Ergebnissen der letzten ägyptischen Wahlen einzunehmen für gut belanden hat, die Art und Weise, wie diese Massnahmen urbi et orbi verkündet wurden, geben zu mancherlei nachdenklichen Betrachtungen Anlass.
Als England das letzte Mal gegen Ägypten mobilisierte, im Januar des Jahres 1925 kurz nach der Ermordung des Sirdat Leu Steak, da war wenigstens Gefahr im Verzuge. Man konnte in London nach früher gemachten Erfahrungen mit der Ausbreitung der Mordepidemie rechnen und musste somit für das Leben der eigenen Staatsangehörigen Besorgnisse tragen. Dieses Mal lag nichts Derartiges vor. Es handelte sich einfach darum, dass England ein unbekanntes Ministerium besetzen wollte, von dem noch nicht einmal feststand, dass es wirklich die Rolle zu spielen gedachte, die man in London befehlte. So sieht die englische Auffassung von der Nichteinmischung in fremde innere Angelegenheiten aus; das ist die Interpretation der 1922 Ägypten feierlich zugesicherten Unabhängigkeit, die lediglich eingeschränkt worden sollte durch einige wenige kleine englische Garnisonen zum Schutz des Suezkanals.

Damals konnte der Konflikt beseitigt werden, dadurch dass der König entschieden und klug einlenkte und selbst die Demütigung einer auch für ägyptische Verhältnisse recht erheblichen Geldbussse hinnahm. Es darf aber nicht vergessen werden, dass König Fuad seitdem durch das Ministerium Siwas Pascha eine Art Diktator ausübte hat, und dass der erste Versuch, seine politischen Erfolge durch eine allgemeine Abstimmung ältester Art zu lassen, fehlgeschlagen ist. Heute hatte also die englische Regierung ganz sicher die erdrückende Mehrheit des ägyptischen Volkes gegen sich, während im Jahr 1925 noch der eine oder andere Zweifel berechtigt war.

Besonders bemerkenswert war schon in der ersten Londoner amtlichen Meldung, der Hinweis auf die offizielle englische Auffassung wonach die Verleihung der „Unabhängigkeit“ an Ägypten ein einseitiger Staatsakt, also kein Vertrag sei und die sich daran in der englischen Presse knöpfende Erörterung, ob es nicht an der Zeit sei, diesen Gnadenakt wieder rückgängig zu machen.

Wie ist denn dieser Staatsakt damals zustande gekommen?
Im Weltkrieg hatte die englische Regierung in Ägypten Freiheit vor allen militärischen Lasten und für späterhin auch die politische Freiheit im Fall einer Neutralität versprochen und hat trotzdem ägyptische Felleisen zu Hunderttausenden in die Wüstentappen zum Bahnbau und zu den Arbeiten an der Wasserleitung gepresst. Hierdurch erst, durch den Zwang des Zusammenlebens am Lagerfeuer, wurde recht eigentlich die ägyptische Einheit dem niederen Volke bewusst und verständlich. Nach dem Kriege wurde dann auch von ägyptischer Seite mit ziemlichen Nachdruck das Verlangen auf Einlösung wenigstens dieses zweiten Versprechens gestellt. Die englische Regierung verhielt sich kurzherdend dem Führer der Freiheitsbewegung Sagul Pascha nach Malta, steigerte aber dadurch die Erregung auf das Höchste, sodass sich sich genötigt sah, ihn zwar freizugeben, ihm aber den Zutritt nach Ägypten zu untersagen. Sagul Pascha zog sich nach Paris zurück und bereitete dort die Ereignisse vor, die dann zu dem erwähnten englischen Gnadenakt führten. Als man in London weiter zögerte, seine Versprechungen wahr zu machen und den ägyptischen Ministerpräsidenten, der zu abschliessenden Verhandlungen im Foreign Office erschienen war, hinhielt, und immer wieder hinhielt, da brach plötzlich über Nacht in Ägypten ein blutiger Aufstand aus. Innerhalb 24 Stunden war Ägypten ohne Verkehrsmittel, weder der Telegraf noch die Bahnen funktionierten. Die Garnisonen sahen sich zum Teil ihrer Offiziere beraubt, die auf ein gegebenes Zeichen vom Strassenpöbel erschossen und erschlagen wurden. Es war ein Generalaufstand vom obersten Minister bis zu den niedrigsten Postbeamten, der die erschreckten englischen Beamten und Kolonien in den Städten Inseln gleich in

Französische Finanzen.

Paris, 3. G. (A.A.)
In der Finanzkommission zahlte Pöret noch einmal die Massnahmen auf, die zum Schutze der französischen Währung getroffen waren. Er erklärte, dass er es gegenwärtig für nicht zweckmässig halte, dem Kapital seine Bewegungsfreiheit wieder zu geben und erbat von der Kommission die Uebertragung des Beschlusses dieserhalb auf die Regierung. Er wiederholte noch einmal, dass er mit den Kapitalien, die der Verteidigung des Franken dienen sollten eine Abrechnungsstelle gründen werde.

Die Lage des Schatzamtes sei durchaus normal. Die Fälligkeit vom 20. Mai habe eine Verminderung des Kassenbestandes um nur eine Milliarde auf 3 Milliarden, die fällig waren, erbracht, da die Zinslasten vom 4. Dezember 1925 den Schätzungen entsprechend 2.350.000.000 Frs. erbracht hätten. Der Umlauf der bon de la Defense und der Schatzscheine bezifferte sich am 3. April auf 48.268.000.000 Frs. Der Umlauf der Banknoten ist 5 Milliarden geringer als die zugebilligte Emissionshöhe.
Ueber die internationalen Schulden führt Pöret aus, dass er das Abkommen von Washington demnächst der Kammer vorlegen und Ende Juni die Unterhandlungen mit London wieder aufnehmen werde, wobei er hoffe, die Garantieklausel durch ein Sonderabkommen zwischen den beiden Regierungen ersetzen zu können.

Ende Juni wird der Minister den Haushaltsentwurf von 1927 vorlegen, unter Benützung der Arbeiten der Wirtschaftskommission, deren Vorschlag zum grössten Teil im Wege der Verordnung verwirklicht werden sollen.
Ueber die Stabilisierung des Franken bemerkt der Minister nur ganz kurz, dass man zu einer tatsächlichen Stabilisierung kommen müsse, bevor dieser Zustand durch gesetzliche Massnahmen festgelegt werden könne.

Diese Massnahmen sind nur teilweise beruhigend. Insbesondere liegt der vom Minister für den Geldumlauf vorgewählte Stichtag vom 3. April denn doch etwas zu weit zurück. Er liegt vor dem Zeitpunkt in dem — Mitte Mai — die neuerliche Frankenkatastrophe einsetzte.

Französische Sorgen — deutsche Sorgen.

Berlin, 4. G.
Eine amtliche Mitteilung der deutschen Regierung weist darauf hin, dass Deutschland keinerlei Interesse am Sinken des französischen Frankenkurses haben könne, da Frankreich damit die Möglichkeit, deutsche Waren zu importieren, herabzuwürdigen, wodurch wieder die deutschen Märkte auf das Schwerste erschüttert und der europäische internationaler Handel im allgemeinen aus dem Gleichgewicht gebracht werde.

Damals stellte die gesamte englische Beamtenschaft einschliesslich des englischen Höchstkommandierenden ihrerseits dem Foreign Office ein Ultimatum, man möge endlich den berechtigten ägyptischen Forderungen nachkommen und seine Versprechungen einlösen, was dann auch in London zähkämpferisch geschah. So sieht in Wirklichkeit der einseitige englische Staatsakt aus, der jetzt widerrufen werden soll, — und das ist das Bezeichnende — indem Augenblicke wo England vor der Unterzeichnung des Mossulabkommens steht und somit eine dunkle Gewitterwolke sich vom Horizont verzieht.
Bei der engen Verquickung aller orientalischen Dinge untereinander und mit der englischen Politik wird man den weiteren Ereignissen mit besonderer Spannung entgegensehen dürfen.

Die Meinung über Adli Pascha.

London, 3. G.
Die Nachricht, die heute Nachmittag eintraf, dass Sagul Pascha seine Absicht, die Kabinettsbildung selbst zu übernehmen, aufgegeben und Adli Pascha damit betraut hat, hat die Lage etwas geklärt. Man glaubt zwar nicht, dass Adli Pascha die Neubildung durchführen könne, wenn es ihm aber gelänge, wäre eine Zusammenarbeit Englands mit der ägyptischen Regierung voraussichtlich möglich.

Leset die Türkische Post!

Letzte Nachrichten

Die Reise des Gasl.

Brussa, 4. G.
Der Praesident, fuhr um 12 6 Uhr mit seinem Stabe und begleitet von den Abgeordneten Ibrahim Bey und Hasim Bey, dem Armeinspektor der 1. Armee Ali Said Pascha, dem Korpskommandanten Ali Hikmet Pascha, dem Wali von Brussa und dem Vorsitzenden der Volkspartei im Auto nach Mudania. Dort empfing ihn die Bevoelkerung und Militair mit grosser Begeisterung. Stadt und Bahnhof waren illuminiert. Die Einwohner von Gemlik hatten ein Schiff gemietet und mit reichem Flaggenschmuck versehen. Eine Abordnung begrüsste den Gasl im Namen der Stadt Gemlik, und ein kleines Maedchen überreichte ihm einen Blumenstraus. Darauf begab sich Mustapha Kemal Pascha in Motorboot auf den «Gül Dschemah» wo er vom Unterrichtsminister Nedschat Bey und dem Praesidenten des Unabhängigkeitsgerichts Kilidsch Ali Bey begrüsst wurde. Das Schiff setzte sich sofort in Bewegung in der Richtung auf Gemlik, drehte dann später und fuhr auf Bos Burun zu.

Gül Dschemah vor Prinkipo.

Gegen 11 Uhr abends ankerte der «Gül Dschemah» zwischen den Inseln Prinkipo und Halki auf der asiatischen Seite. Das Schiff war festlich illuminiert, der angesagte Hall dauerte bis in den Morgen. Gegen Morgen fuhr das Schiff wieder nach Mudania zurück und wird, nachdem der Gasl es verlassen, wieder nach Konstantinopel zurückkehren.

Amerikanische Anteil am Frankreich.

London, 3. G.
Nach einer Reuterdepesche bestätigt es sich, dass Verhandlungen über ein französisches Anleihen in den Vereinigten Staaten schweben. Ihr Abschluss sei allerdings abhängig von der Ratifikation des Abkommens Mellon-Béranger über die französische Schuldenregelung durch die französische Kammer.

Sekial Bey in Odessa.

Odessa 4. G.
Der türkische Botschafter in Russland Sekial Bey, ist über Odessa nach Konstantinopel gefahren. In Odessa wurde er von den türkischen Kaufleuten begeistert empfangen, da auf sein energisches Einschreiten bei der russischen Regierung Erleichterungen für den Handel eingetreten sind. Man dankte ihm für sein Haltung in dieser Frage und Sekial Bey seinerseits dankte für den Empfang, der man ihm bereitet hatte.

Tabakregie.

Angora 4. G.
Der Generaldirektor der Tabakregie Sefli Bey fährt morgen nach Konstantinopel. Er hatte mit dem Finanzminister Unterredungen über die Entwicklung des Tabakhandels. In mehreren Punkten ist man zu neuen Entschlüssen gekommen.

Der französische Senat über Locarno.

Paris 3. G. (A. A.)
Lomery forderte im Senat, Beginn der Aussprache über den Locarno-Vertrag die Vertagung der Debatte bis zum Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Briand widersetzte sich der Vertagung. Er sagte: «Wenn das Abkommen nicht vor der Völkerbundsetzung in Genf ratifiziert wird, kann Deutschland darin einen Vorwand finden, um sich zurückzuziehen. Wenn Sie für eine Vertagung stimmen, wird es keinen Locarno-Vertrag mehr geben.»
Der Senat wies die Vertagung ab und begann mit der Diskussion.

Die Mossulfrage.

Angora, 4. G.
Sir Lindsay ist heute nicht abgereist, wie er beabsichtigt hatte, da seine Instruktionen aus London noch nicht eingetroffen sind. Es ist möglich, dass er sie morgen erhalten und dann nach Konstantinopel fahren wird. Die Irkut-vertreter Nuri Pascha und Fetlach Bey haben heute in Angora einen Spaziergang gemacht, um die Stadt zu besichtigen. Sie waren erstauert über die Entwicklung der Stadt. Sie erklärten, dass sie nach Beendigung der Verhandlungen sofort nach Konstantinopel fahren würden.

Ereignisse in Beirut Verhaftung des rumänischen Konsuls.

Adana, 2. G.
Vor einigen Tagen ist Abdullah Medur Efendi, eine bekannte Persönlichkeit in Beirut, ermordet worden. Die Polizei hat den Mörder bis jetzt noch nicht ermitteln können. Die Einwohner beklagen die Ermordung dieses Mannes sehr und in den Zeitungen erscheinen scharfe Artikel gegen die Regierung, die die Stimmung der Bevölkerung erkennen lassen. Die Regierung befindet sich in einer schwierigen Lage und hat grosses Interesse daran, die Angelegenheit aufzuklären. Da Gerüchte umgingen, dass der rumänische Konsul Georgi in Verbindung mit dem Ereignis stände, haben die Franzosen ihn verhaften lassen. Dies verursachte Missstimmung bei den übrigen Konsulaten, und es fand eine Versammlung der Konsuln im amerikanischen Konsulat statt, in der beschlossen wurde, Herrn Natio zum französischen Kommissar Dorini zu senden, und um Freilassung von Herrn Georgi einzukommen. Da dieser Schritt erfolglos blieb, haben alle Konsula gemeinsam Protest erhoben, und jeder hat sich ausserdem an das Auswärtige Amt seines Landes gewandt.
Die Verhaftung war erfolgt, da ein Kavass des rumänischen Konsulats der Polizei gegenüber ausgesagt hatte, dass der Konsul bereits seit zwei Monaten von den Vorbereitungen zur Ermordung gewusst hätte.

Advokatenstreik.

Da ein französischer Richter in Libanon den Rechtsanwält Naim Efendi mit den Worten: «Sie sind wie ein Hund auf der Jagd!» beleidigt hatte; trat die Vereinigung der Rechtsanwält zwei Tage in Streik und verklagte den Richter. Alle Arbeit blieb liegen, bis der Richter den Rechtsanwält um Entschuldigung gebeten hatte.

Millerand über Locarno.

Paris, 3. G. (A.A.)
Millerand erklärte in Senat über das Abkommen von Locarno, dass die Verhandlungen in Abwesenheit der Vereinigten Staaten abgehalten worden seien; die versprochen hätten, die Sicherheit Frankreichs zu garantieren, er kritisierte die von England und Frankreich gespielte Rolle als Schiedsrichter da das Abkommen eine vollständige internationale Garantie bilden müsse. Er meinte, es sei unmöglich, Verlehnungen Deutschlands gegen den Vertrag von Versailles nach Auflösung der internationalen Kontrolle festzustellen, die die feindliche Haltung Deutschlands gegenüber den Siegerstaaten, seine Machenschaften an den Ostgrenzen und der deutsch-russische Vertrag vermuten lassen. Er glaubt, dass Deutschland das Abkommen nur aus Feindschaft unterschrieben hätte, das im Gegensatz zu Frankreich, das die Beachtung des Vertrags von Versailles zu bewahren wünscht, eine Revision anstrebe.
Millerand weist auf die Notwendigkeit des Abkommens von Locarno hin, damit die Beziehungen zwischen Mitteleuropa und den Alliierten wieder aufgenommen werden können, was im Interesse Frankreichs liegen muss.
«Es ist notwendig» sagte er, «mit Südslawien zu einem Bündnis zu gelangen und unsere Haltung gegenüber der Tschechoslowakei aufrecht zu erhalten.» Er schloss damit, dass das Abkommen von Locarno nicht zu Illusionen führen dürfe, wie die verführte Abströmung.
Die Debatte wurde auf morgen vertagt.